

BERLIN international

06/07
Sonderausgabe

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEWAUSLUBERLIN

EXTRA

Berliner Integrationsgipfel am 22. Juni 2007

Der interkulturelle
Kalender für den
Monat Juni:

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am 4. Juni hat der Berliner Senat die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes "Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken: Integrationspolitik für Berlin" angenommen. Ab **Seite 4** dokumentieren wir im Wortlaut die Kurzfassung des Berliner Integrationskonzeptes 2007, dessen Langfassung Ende Juni erscheinen wird. Das Integrationskonzept 2007, das nach der Beratung durch den Rat der Bürgermeister vom Senat endgültig beschlossen wird, benennt die wesentlichen Handlungsfelder, Ziele und Leitprojekte gesamtstädtischer Integrationspolitik.



Berliner Integrationsgipfel

Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken
22. Juni 2007 im Roten Rathaus

Wie bereits das Integrationskonzept 2005, so soll auch das Integrationskonzept 2007 einer breiten öffentlichen Diskussion unterzogen werden. Den Auftakt dazu bildet am 22. Juni 2007 der Berliner Integrationsgipfel im Berliner Rathaus (Programm siehe **Seite 2**), auf dem Vertreterinnen und Vertreter des Senats mit Mitgliedern des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen und weiteren gesellschaftlich Engagierten die integrationspolitischen Schwerpunktsetzungen zur Diskussion stellen.

Anmeldungen zum Berliner Integrationsgipfel am 22. Juni 2007 unter Angabe des Namens, der Adresse, Telefonnummer und der E-Mail-Adresse unter folgender Nummer/ E-Mail-Adresse:

per Fax an (030) 90 28 20 50 oder per
E-Mail an: integrationsgipfel@senias.verwalt-berlin.de

Ihre Redaktion

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/ -löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@auslb.verwalt-berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, IntMig 12; Tel.: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 262 54 07. Rubrik *Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler*: Martina Gembus, IntMig B 31; Tel.: (030) 9017-2327; Mail: Martina.Gembus@auslb.verwalt-berlin.de. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html> 08.06.2007 [1.099 | Jahrgang 24]



- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 Fronleichnam
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27 Christopher Street Day örtl. untersch.
- 28
- 29
- 30

Integrationsbeauftragter aktuell



22.06.2007 im Roten Rathaus:

BERLINER INTEGRATIONSGIPFEL**Programm**

- 10:30 **Beginn des Integrationstreffens**
Eröffnung mit Empfang,
Café und Informationsmarkt
- 11:30 – 12:00 **Ansprache**
des Regierenden Bürgermeisters
von Berlin *Klaus Wowereit*
- 12:00 – 12:30 **Ansprache**
der Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales
Dr. Heidi Knake-Werner
- 12:30 – 13:30 Mittagspause
- Die Handlungsfelder des
zweiten Integrationskonzepts:**
- 13:30 – 14:00 **1. Arbeit und Ausbildung**
Kerstin Liebich
Staatssekretärin für Arbeit
Tatjana Forner
Soziologin, Mitglied im Landesbeirat für
Integrations- und Migrationsfragen
- 14:00 – 14:30 **2. Interkulturelle
Öffnung/Partizipation**
Ulrich Freise
Staatssekretär für Inneres
Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin
Marzahn-Hellersdorf
Hakan Taş
Freier Autor, Journalist,
Mitglied im Landesbeirat
für Integrations-
und Migrationsfragen
- 14:30 – 15:00 **3. Bildung**
Prof. Dr. Jürgen Zöllner
Senator für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Safer Cinar
Vorsitzender des Türkischen
Elternvereins Berlin-Brandenburg
- 15:00 – 15:30 Kaffeepause

15:30 – 16:00

4. Integration im Sozialraum

Hella Dunger-Löper
Staatssekretärin
für Stadtentwicklung
Talibe Süzen
Arbeiterwohlfahrt
Bundesverband e. V. (AWO)

16:00 – 16:30

**5. Stärkung
und Interkulturalität der
ethnischen Ökonomie**

Harald Wolf
Senator für Wirtschaft,
Technologie und Frauen
Ahmet Ersöz
Initiative Ethnische Ökonomie
Berlin-Brandenburg

16:30 – 17:00

**6. Integrationsperspektiven für
Flüchtlinge**

Günter Piening
Beauftragter
des Berliner Senats
für Integration und Migration
Ibrahim Deyan
Flüchtlingsrat Berlin

17:00 – 17:30

**Vielfalt fördern,
Zusammenhalt
stärken (Cultural Diversity)**

Shermin Langhoff
Produzentin, Kuratorin;
Mitglied im Rat für die Künste

gegen 17:30

Ende des Berliner
Integrationstreffens

ANMELDUNG

Anmeldungen zum Berliner Integrationstreffen am 22. Juni
2007 unter Angabe des Namens, der Adresse, Telefon-
nummer und der E-Mail-Adresse unter folgender Nummer/
E-Mail-Adresse:

per Fax an (030) 90 28 20 50 oder per

E-Mail an: integrationstreffen@senias.verwalt-berlin.de

Eine Veranstaltung der Senatsverwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales, Oranienstraße 106, 10969 Berlin.

Organisation:
Werkstatt der Kulturen
Wissmannstraße 3212049 Berlin

<http://www.werkstatt-der-kulturen.de>

Integrationsbeauftragter aktuell

Pressemitteilung vom 05.06.2007, 13:15 Uhr

Integration / Migration / Ausländer

WEITERENTWICKLUNG DES INTEGRATIONSKONZEPTES FÜR BERLIN BESCHLOSSEN

Aus der Sitzung des Senats am 4. Juni 2007:

Der Senat hat auf Vorlage der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Dr. Heidi Knake-Werner, die Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes "Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken: Integrationspolitik für Berlin" zur Kenntnis genommen. Die Vorlage wird dem Rat der Bürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet.

Inhalt ist die weiterentwickelte Vorstellung von Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Berlins Leitmotiv für Integrationspolitik „Zusammenhalt stärken – Vielfalt fördern“ wird weiter realisiert. Das nun vorliegende Konzept präsentiert die Ziele der Berliner Integrationspolitik in acht Handlungsstrategien, die jeweils mit spezifischen Handlungsfeldern, Leitprojekten und Indikatoren untersetzt sind. Dazu gehören:

1. Internationale Anziehungskraft und kulturelle Vielfalt – Berlins Stärken ausbauen
2. Integration durch Teilnahme am Erwerbsleben – Migranten/-innen in der Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt und als Unternehmer/-innen
3. Integration durch Bildung
4. Integration durch Stärkung des sozialräumlichen Zusammenhalts
5. Integration durch interkulturelle Öffnung
6. Integration durch Partizipation und Stärkung der Zivilgesellschaft
7. Integrationsperspektiven für Flüchtlinge
8. Integrationspolitik in den Bezirken

Damit macht das neue Konzept die integrationspolitischen Vorhaben dieser Legislaturperiode erkennbar, trifft Festlegungen und führt integrationspolitische Handlungsstränge auf einer gemeinsamen Plattform zusammen.

Es setzt einen deutlichen Schwerpunkt auf „Integration durch Arbeit und Ausbildung“ und legt Indikatoren fest, die Kern eines Systems regelmäßiger Berichterstattung sind. Dieses Integrations-Monitoring ist ein Novum des weiterentwickelten Konzeptes. Es ermöglicht eine aktuelle Steuerung der Integrationsprogramme und -maßnahmen.

Dabei werden die landesweiten sowie bezirklichen Integrationsmaßnahmen als Teile eines gemeinsam abgestimmten und umzusetzenden Gesamtkonzeptes verstanden.

Ergänzt wird die gebündelte Handlungsstrategie durch einen umfassenden Datenteil sowie eine Zusammenstellung „Integrationspolitische Maßnahmen des Landes und der Bezirke“.

Das Integrationskonzept II für Berlin hat die breite gesellschaftliche Debatte über das erste Integrationskonzept der deutschen Hauptstadt aus dem Jahr 2005 aufgenommen und aktualisierte Strategien entwickelt. An dieser Debatte in zahlreichen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses, dem Rat der Bürgermeister und der Landesarbeitsgemeinschaft der bezirklichen Integrations- und Migrationsbeauftragten (LAG) beteiligten sich Vertreterinnen und Vertreter von Migrantenorganisationen, Forschungsinstituten und Wohlfahrtsverbänden wesentlich.

Rückfragen: Sprecherin der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: 9028-2743

Hinweis der Redaktion:

Die Langfassung des Berliner Integrationskonzeptes 2007 finden Sie ab Ende Juni unter folgendem Link:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html>

Dort sind bereits die auf den folgenden Seiten abgedruckte Kurzfassung und die hier nicht dokumentierten Anhänge („Daten und Fakten“ und „Darstellung der integrationspolitischen Maßnahmen des Senats und der Bezirke“) zum Download veröffentlicht.

„Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“

Das Berliner Integrationskonzept 2007

Kurzfassung

Erfolge in der Integrationspolitik sind entscheidend für Berlins Zukunft. Als Einwanderungsstadt lebt Berlin davon, die Kompetenzen der Einwanderinnen und Einwanderer als Ressource für Zukunft und Gegenwart zu erkennen und zu nutzen. Die Vielfalt der Stadtgesellschaft zu fördern und gleichzeitig das gemeinsame Fundament zu stärken – dieses Leitmotiv prägt das Berliner Integrationskonzept, mit dem der Berliner Senat 2005 die Grundsätze einer umfassenden und strategisch ausgerichteten Integrationspolitik formulierte.

Dieses unter dem Namen "Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken" bekannt gewordene Konzept hat eine breite Diskussion über die Berliner Integrationspolitik ausgelöst. Das im Juni 2007 vom Senat beschlossene, weiterentwickelte Integrationskonzept greift diese Diskussion auf und beschreibt Handlungsstrategien sowie Leitprojekte für die Legislaturperiode bis 2011.

Die ausführliche Fassung des Integrationskonzeptes 2007, ergänzt um einen Datenteil sowie eine umfassende Darstellung der integrationspolitischen Maßnahmen des Senats und der Bezirke, ist im Internet abrufbar unter

www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html

I. Leitmotiv und strategische Erneuerung der Integrationspolitik

Berlin ist eine Stadt mit großer Integrationskraft. Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen, weltanschaulichen und religiösen Hintergründen ist hier normal. Diese Haltung gelassener Offenheit für das Andere und Neue ist ein kultureller Schatz, der gerade in Berlin eine lange Tradition hat. Die Debatte, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, führte daher stets an der sozialen Realität Berlins vorbei. Dabei geht es hier nicht um eine kleine gesellschaftliche Minderheit, sondern um einen erheblichen Teil der Stadtbevölkerung. Bereits jetzt haben rund 40 % aller Kinder und Jugendlichen in Berlin unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund. Ohne die erfolgreiche Integration gerade junger Migrantinnen und Migranten hat Berlin keine erfolgsversprechende Zukunft.

„Vielfalt bedeutet Stärke“ – dieser Grundsatz einer modernen Unternehmenskultur gilt besonders in Berlin. Migrantinnen und Migranten tragen zu dieser Stärke wesentlich bei. Dabei stellen sie keine homogene Gruppe dar. Sie sprechen verschiedene Muttersprachen, gehören verschiedenen Religionsgemeinschaften an, kommen aus ganz unterschiedlichen sozialen Schichten und pflegen unterschiedliche Lebensstile. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung von Berlin bilden ein zivilrechtliches Fundament, auf dem alle Menschen mit gleichen Rechten und Pflichten friedlich zusammenleben können.

Die Diskussion über Integration bedarf daher eines Perspektivwechsels. Integrationspolitik muss sich weit mehr als bislang auf die Chancen beziehen, die sich durch Unterschiedlichkeit und kulturelle Vielfalt eröffnen. Dabei sollen die Probleme, die sich im Zusammenleben ergeben, nicht ausgeblendet werden; sie sollten die öffentliche Diskussion aber auch nicht dominieren.

Das Integrationskonzept 2005 nahm eine kritische Analyse der damaligen Integrationspolitik in Berlin vor. Im Vordergrund stand die Frage, wie die Folgen einer unzureichenden Integrationspolitik der vergangenen 40 Jahre bewältigt werden können: im Bildungsbereich, auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt sowie bei der öffentlichen Beteiligung und institutionellen Teilhabe von Migrantinnen und Migranten.

Die integrationspolitisch relevanten Daten der vergangenen Jahre könnten Signale einer Wende zum Positiven sein. Besonders bedeutsam ist, dass seit 2006 die Zahl der Erwerbstätigen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit wieder steigt. In den vergangenen Jahren war diese Zahl massiv zurückgegangen. Einen besonderen Einschnitt stellte der Abbau industrieller Arbeitsplätze im Westteil der Stadt nach dem Fall der Mauer dar.

Auch in anderen integrationspolitisch wichtigen Bereichen zeigen sich erste Anzeichen eines Wandels. Die Zahl der Schulabbrecher/-innen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit fiel in den vergangenen sieben Jahren um 4,5 Prozentpunkte von 19,8 % im Jahr 1999/2000 auf 15,3 % im Jahr 2005/06. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der ausländischen Abiturienten/-innen um 5,8 Prozentpunkte von 12,0 % auf 17,8 %.

Ungeachtet dieser positiven Tendenzen bleibt viel zu tun. Berlin ist trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Stadt zahlreicher sozialer Gegensätze. Nirgendwo in Deutschland leben so viele Menschen von staatlichen Transferleistungen; die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Migrantinnen und Migranten sind von dieser krisenhaften Entwicklung nach wie vor besonders stark betroffen.

Integration bedeutet deshalb vor allem, dass Einzelpersonen oder Gruppen von Menschen gleichberechtigte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erwerben und erhalten, dass sie ihre Interessen artikulieren können und vor individueller und kollektiver Ausgrenzung geschützt werden. Integrationspolitik heißt daher insbesondere Herstellung von Chancengleichheit.

„Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“, das Leitmotiv der Berliner Integrationspolitik, spiegelt beide Seiten einer modernen Integrationspolitik wider: Einerseits müssen die Chancen, die sich aus der kulturellen Vielfalt ergeben, erkannt und genutzt werden; andererseits darf das Ziel größerer Chancengleichheit in zentralen gesellschaftlichen Bereichen nicht aus den Augen verloren werden. Vielfalt ohne Chancengleichheit bedeutet verschärfte soziale Segregation. Chancengleichheit ohne die Berücksichtigung kultureller Vielfalt – die Ausgrenzung des kulturell Anderen.

Der Senat stellt seine Integrationspolitik mit dem Berliner Integrationskonzept 2007 auf eine neue Grundlage. Die mit dem Integrationskonzept 2005 vorgenommene Entwicklung integrationspolitischer Leitsätze wird untersetzt mit einem verbindlichen Maßnahmenkatalog für die laufende Legislaturperiode. Dabei konzentriert der Senat seine Anstrengungen auf 45 Leitprojekte, die für das Erreichen der integrationspolitischen Ziele von zentraler Bedeutung sind.

An der Umsetzung der Maßnahmen sind sämtliche Senatsverwaltungen beteiligt. Integrationspolitik wird als Querschnittsaufgabe weiter etabliert. Gleichzeitig erhält die Integrationspolitik in Berlin durch die 2006 beschlossene Einrichtung einer Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales neue Impulse.

Mit der Einführung eines indikatorengestützten Monitorings für Integration geht Berlin zudem als erstes Bundesland einen neuen Weg. Die vorgeschlagenen Indikatoren geben erstmals Kriterien zur Messung von Integrationserfolgen vor und erlauben eine transparente und nachprüfbare Steuerung der Integrationspolitik.

Über integrationspolitische Erfolge wird aber nicht nur auf der Landesebene entschieden. Wesentliche Rahmenbedingungen werden durch die Bundesregierung gesetzt. Der Senat begrüßt darum die Initiative für einen **„Nationalen Integrationsplan“**, die von der Bundesregierung angestoßen wurde. Insbesondere die Einbeziehung der Migrantinnen und Migranten in diesen Prozess ist ein wichtiger Schritt. Berlin wird sich bei der Umsetzung des Nationalen Integrationsplans dafür einsetzen, dass die Berliner Leitbilder und Strategien für eine erfolgreiche Integration auch auf Bundesebene berücksichtigt werden.

II. Grundsätze und Leitprojekte der Berliner Integrationspolitik

1. Eine Stadt – viele Lebenswelten

Die Berliner Integrationspolitik nutzt die Stärken einer europäischen Metropole mit internationaler Anziehungskraft

Berlin lebt von seiner gelassenen Toleranz für unterschiedliche soziale und kulturelle Lebenswelten. Diese Unaufgeregtheit macht aus der Stadt eine weltoffene europäische Metropole mit starker nationaler und internationaler Anziehungskraft. In den vergangenen Jahren kamen jährlich rund 45.000 Zuwanderer aus dem Ausland nach Berlin. Mögen die Hintergründe und Interessen dafür auch ganz unterschiedlich sein, es eint sie der Wunsch, sich schnell in Berlin zu Hause zu fühlen. Dazu gehört, dass sie ihre Kompetenzen einsetzen und auf eigenen Füßen stehen können. Um diesen Prozess zu unterstützen, hat der Senat in der letzten Legislaturperiode mit einer Willkommenskultur, die über die Zeit unmittelbar nach der Ankunft hinausgeht, Akzente gesetzt. Willkommenskultur bedeutet, Neuzuwanderer willkommen zu heißen, Schwierigkeiten bei der Ankunft ernst zu nehmen und den Prozess der Eingliederung von Beginn an systematisch zu begleiten. Neuzuwanderer sollen so früh wie möglich in die Lage versetzt werden, ihre Ressourcen und Potenziale zu mobilisieren und weitere Fähigkeiten zu entwickeln, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

Ein zustimmender und toleranter Umgang mit Menschen vieler Nationalitäten fördert die interkulturelle Kompetenz, die Lebendigkeit und Handlungsfähigkeit der Stadt und führt zu Vorteilen im internationalen Wettbewerb. Vor allem junge Menschen, Künstler/-innen, Wissenschaftler/-innen und Studierende zieht es nach Berlin. Hier können sie bei relativ geringen Lebenshaltungskosten Ideen entwickeln und ausprobieren. Der Senat sieht ein enormes Potenzial darin, Kultur und Wissenschaft als Brücke zu nutzen, als Brücke zwischen Berlinerinnen und Berlinern unterschiedlicher Herkunft und internationalen Gästen aus Kunst und Wissenschaft.

Um die internationale Anziehungskraft Berlins zu stärken und seine kulturelle Vielfalt sichtbar zu machen, verfolgt der Senat folgende Leitprojekte:

- **Die interkulturellen Stärken der öffentlich geförderten Kulturinstitutionen werden ausgebaut.**
- **Integration wird zentrales Thema im Rahmenkonzept kulturelle Bildung sein.**
- **Das Berliner Willkommenspaket für Neuzuwanderer wird weiterentwickelt.**
- **Die Berliner Ausländerbehörde wird zur Serviceeinrichtung für Neuzuwanderer ausgebaut.**
- **Existierende Angebote für besondere ausländische Zielgruppen, wie z.B. die Zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Unternehmen (ZAK), werden weiterentwickelt.**

2. Eine berufliche Perspektive für jede und jeden

Die Berliner Integrationspolitik schafft Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Erwerb

Der Erfolg gesellschaftlicher Integration hängt in entscheidendem Maß von der Teilhabe am Erwerbsleben ab. Die Verbesserung der Erwerbssituation von Menschen mit Migrationshintergrund ist darum ein zentrales integrationspolitisches Vorhaben dieser Legislaturperiode. Durch die gemeinsame Zuständigkeit für Integration **und** Arbeit in einer Senatsverwaltung wurde eine wichtige Voraussetzung für eine effektive Umsetzung dieser Aufgabe geschaffen.

Gerade angesichts des sich erholenden Berliner Arbeitsmarktes ist eine Bündelung der Maßnahmen zur Integration in das Erwerbsleben nötig. Dabei wird Berlin das gesamte Förderinstrumentarium für eine aktive Arbeitsmarktpolitik nutzen. In diesem Zusammenhang bekommt ein **öffentlich geförderter Beschäftigungssektor** eine besondere Bedeutung, in dem gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeit zum Nutzen der Stadtgesellschaft und zum Nutzen der dort beschäftigten Langzeitarbeitslosen erledigt wird.

Die unterschiedlichen Instrumente in der Sprach- und in der Arbeitsmarktförderung wollen wir besser miteinander verzahnen. Auch Unternehmensgründungen durch Migrantinnen und Migranten wollen wir weiter erleichtern.

Zur Erhöhung des Ausbildungsanteils von Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen der Übergang von Schule in Ausbildung eng begleitet und Förderprogramme verbessert werden.

Um Migrantinnen und Migranten gleiche Chancen wie Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft beim Zugang zu Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu eröffnen, verfolgt der Senat insbesondere folgende Leitprojekte:

- **„Berlin braucht Dich“: mit dieser Kampagne wollen wir den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst weiter erhöhen.**
- **Ausbildung in Portionen: für Schulabgänger/-innen und Jugendliche ohne Schulabschluss oder mit erheblichen schulischen und sprachlichen Defiziten wollen wir den Eintritt in die Berufsausbildung erleichtern, indem sie zunächst einzelne Module anerkannter Berufsausbildungen absolvieren.**
- **Interkulturelle Öffnung der Job-Center, um Migrantinnen und Migranten als Zielgruppe von Beschäftigungsfördermaßnahmen besser zu erreichen.**
- **Qualifikationen anerkennen: der Senat ergreift Initiativen zur erleichterten Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen.**
- **Selbst ist der Mensch: wir werden die Gründung eigener Unternehmen oder Aufnahme freiberuflicher Tätigkeiten intensiver fördern.**

3. Talente erkennen und fördern

Die Berliner Integrationspolitik definiert den Bildungsauftrag von Kita und Schule neu

Kindertagesstätten und allgemeinbildende Schulen sind die wichtigsten Integrationseinrichtungen junger Migrantinnen und Migranten. In der vergangenen Legislaturperiode haben Senat und Abgeordnetenhaus mit den Reformen des Berliner Kindertagesstättenförderungsgesetzes, des Berliner Schulgesetzes und der Einführung des Konzepts „Integration durch Bildung“ bereits entscheidende Weichen gestellt, um die Bildungssituation dieser Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Die Bildungspolitik in der Einwanderungsstadt Berlin will den Anteil höher qualifizierter Schulabschlüsse bei Migrantenkindern steigern; sie will Eltern mit Migrationshintergrund in den Bildungsprozess ihrer Kinder verstärkt einbinden und ihre Rolle als Bildungsvermittler stärken und sie legt Wert auf die Vermittlung grundlegender Kenntnisse von Kultur und Gesellschaft. Zudem bedarf es der Entwicklung einer Schul- und Lernkultur, die die Schülerschaft in ihrer Unterschiedlichkeit wahrnimmt, die Vernetzung mit weiteren Institutionen im Stadtteil betreibt und den sozialen Zusammenhalt in der ganzen Schule stärkt. Um lebenslanges Lernen zu ermöglichen und zu unterstützen, stellen sich Kita, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen auf die Anforderungen der Lernenden ein, die sich aus unterschiedlichen Bildungsbiografien ergeben.

Mit der Ausweitung des kostenfreien Kitabesuches sowie der Einführung der Gemeinschaftsschule in einer Pilotphase setzt der Senat bildungspolitische Schwerpunkte, die eine wesentliche Voraussetzung für eine bessere Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund sind.

Zudem verfolgt der Senat folgende Leitprojekte, um das Bildungsniveau von Migrantenkindern zu verbessern und die Berliner Kitas, Schulen und Hochschulen zu attraktiven Lernorten für alle zu machen:

- **Die Programme zur Sprachförderung von Migrantenkindern in Kita und Schule werden ausgebaut und ihre Qualität durch Qualifizierung des Personals erhöht.**
- **Die interkulturelle Kompetenz in den Schulen wird verbessert durch die Einstellung von Lehrern/-innen mit Migrationshintergrund und durch Partnerschaften mit Migrantenorganisationen im Stadtteil.**
- **Eltern werden durch die Einführung und den Ausbau von Programmen niedrigschwelliger Elternarbeit und kostenlose Deutschkurse gestärkt.**
- **Fragen nach den gesellschaftlichen und religiösen Werten in der Einwanderungsgesellschaft erhalten durch die Einführung des Ethikunterrichts in Berliner Schulen Raum.**

4. **Ausgleich und Verantwortung**

Die Berliner Integrationspolitik stärkt den Zusammenhalt im Stadtraum

Gutes Zusammenleben beweist sich im Alltag. Dabei gewinnt die Integration im Wohngebiet, im Kiez an Bedeutung. Mit der *Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung* des Senats werden alle Politikbereiche durch integrierte Entwicklungsstrategien verknüpft und sozialräumlich ausgerichtet, und zwar in den Schwerpunktbereichen Bildung/Erziehung/Betreuung, Arbeit/lokale Ökonomie/Integration und Wohnen/soziale Nachbarschaft/Sicherheit. Um der sozialen Benachteiligung in Stadtteilen entgegenzuwirken, führt der Senat in ausgewählten Stadtteilen gemeinsam mit den Bezirken das sogenannte Quartiersmanagement durch und unterstützt Nachbarschaftseinrichtungen und Selbsthilfekontaktstellen. Durch bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe, Nachbarschaftsbeziehungen, und politischer Partizipation soll in den Berliner Kiezen die kulturelle Vielfalt gefördert und der soziale Zusammenhalt gesichert werden. Eine wichtige Rolle zur Stärkung des Zusammenhalts spielt der Sport, dessen integrationspolitische Rolle durch die Sportförderung unterstrichen wird.

Eine sozial ausgerichtete Stadtpolitik unterstützt die Stärken und gleicht Defizite aus. Leitprojekte dafür sind:

- **Integration ist Teil sozialer Stadtentwicklung. Deshalb werden wir integrationspolitische Zielsetzungen, Inhalte und Indikatoren in die Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung und ihr strategisches Controlling übernehmen.**
- **Stadtteilzentren und Quartiersmanagements werden fortentwickelt und damit die Etablierung stabiler Netze in Stadtteilen unterstützt, um funktionierende Nachbarschaften zu stärken.**

5. Die Berliner Verwaltung ist für alle Bürgerinnen und Bürger da
Die Berliner Integrationspolitik weitet die Kundenorientierung in der Berliner Verwaltung und bei den sozialen Diensten auf Migrantinnen und Migranten aus

Zur langfristigen und erfolgreichen Integration gehört, dass hier lebende Migrantinnen und Migranten so in das System sozialer Versorgung und Unterstützung einbezogen werden, dass sie gleiche Entfaltungschancen haben. Dies geschieht in erster Linie durch eine Öffnung der allgemeinen Dienste und Einrichtungen. Diese müssen für alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Weise zugänglich sein, also eine stärkere Orientierung gegenüber Migrantinnen und Migranten entwickeln. Schwerpunkte der interkulturellen Öffnung sind die migrantenspezifischen Verwaltungen (z. B. die Ausländerbehörde) und die Regelangebote, insbesondere in den Bereichen Jugend, Gesundheit, Alter und Arbeit. Wo dies unverhältnismäßig aufwändig ist, existieren daneben gesonderte Angebote für Migrantinnen und Migranten.

Die Berliner Verwaltung wird zu einer modernen und auf die Herausforderungen kultureller Vielfalt ausgerichteten Administration ausgebaut. Um einen chancengleichen Zugang von Migrantinnen und Migranten zu den Leistungen der Berliner Verwaltungen sicherzustellen, führt der Senat folgende Leitprojekte durch:

- **In der Personalentwicklung wird in den öffentlichen Verwaltungen interkulturelle Kompetenz Bestandteil von Anforderungsprofilen und Fortbildungen.**
- **In ausgewählten Einrichtungen wird eine interkulturelle Organisationsentwicklung durchgeführt.**
- **Die Angebote der Sprach- und Kulturmittlung werden fortentwickelt.**
- **Durch den „Maßnahmeplan Jugendarbeit“ werden die Entwicklungsmöglichkeiten und Handlungskompetenzen von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund gestärkt.**

6. Aktivierung und Teilhabe

Die Berliner Integrationspolitik bekämpft Diskriminierung, ist partizipativ und stärkt die Zivilgesellschaft

Erfolgreiche Integrationspolitik bekämpft Diskriminierungen, ist partizipativ und stärkt die Zivilgesellschaft. Chancengleichheit und Integration gelingen auf Dauer nur dort, wo Diskriminierungen erfolgreich bekämpft werden. Zentrale Bestandteile der Berliner Integrationspolitik sind darum der Schutz vor Diskriminierungen und die Bekämpfung rechtsextremer und antisemitischer Gewalt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf genderbezogenen Maßnahmen. Migrantinnen sind vor häuslicher Gewalt zu schützen. Im Hinblick auf die Gewalt junger Migranten werden mittelfristige Konzepte eingeführt, die zum einen positive Vorbilder und das Vertrauen Jugendlicher in Betreuungsangebote stärken und gleichzeitig die vorhandenen polizeilichen und rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Die Zivilgesellschaft wird unterstützt durch bessere Partizipation von Migrantinnen und Migranten an politischen Entscheidungsprozessen und einen offenen Dialog mit dem Islam als Religion. Islamistisch begründete Bestrebungen gegen individuelle Freiheitsrechte und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland werden im Rahmen des geltenden Rechts bekämpft. Der Senat wird das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten als ein wesentliches Element der Einmischung in und Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen fördern.

Zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens und Etablierung einer aktiven Bürgerschaft, die alle gesellschaftlichen Gruppen einschließt, bedarf es sowohl der konsequenten Bekämpfung von Diskriminierungen als auch der Ausweitung von Möglichkeiten politischer Beteiligung vor allem für Migrantinnen und Migranten.

Bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt verfolgt der Senat insbesondere folgende Leitprojekte:

- **Mit dem Aufbau der „Landesstelle für Gleichbehandlung – Gegen Diskriminierung“ wird Berlin zum Vorreiter einer nachhaltigen Antidiskriminierungspolitik.**
- **Die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden weiterentwickelt und in einem neuen Landesprogramm zusammengefasst.**
- **Der Schutz von Migrantinnen erhält als Schwerpunkt des Berliner Aktionsplans zur Bekämpfung häuslicher Gewalt weiterhin besonderes Gewicht. Dabei kommt niedrighschwelligem Angeboten, wie der aufsuchenden Arbeit mit gewaltbetroffenen Frauen durch die Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt (BIG) besondere Bedeutung zu.**
- **Auf Grundlage der Empfehlungen der Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“ wird der Senat Vorschläge zum Umgang mit gewalttätigen jugendlichen Migranten umsetzen.**

Zur Stärkung der Partizipation von Migranten/-innen verfolgt der Senat folgende Leitprojekte:

- **Der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen wird fortentwickelt zu dem zentralen integrationspolitischen Beratungsgremium des Senats.**
- **Die Berliner Initiative für mehr Einbürgerungen wird fortgeführt.**
- **Eine Bundesratsinitiative zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Ausländer wird noch im Jahr 2007 gestartet.**
- **Das „Berliner Islamforum“ wird weiterentwickelt.**

7. Gegen Ausgrenzung

Die Berliner Integrationspolitik gibt Flüchtlingen eine Perspektive

Erfolgreiche Integrationspolitik gibt Asylbewerber/-innen und langjährig Geduldete eine Perspektive für ein selbstständiges Leben. Der Senat wird daher alle Chancen, die sich aus der vorgesehenen bundesgesetzlichen Bleiberechtsregelung ergeben, nutzen und langjährig geduldete Flüchtlinge intensiv bei der Suche nach Arbeit und Qualifizierung unterstützen. Sicherergestellt wird auch, dass Flüchtlingen weiterhin der Zugang zu niedrigschwelligen Beratungs- und Fürsorgeangeboten offen steht. Der Senat wird außerdem die soziale und gesundheitliche Situation von Personen ohne Aufenthaltsstatus in Berlin verbessern.

Das Berliner Integrationskonzept betrachtet Flüchtlinge als ausdrückliche Zielgruppe der Integrationspolitik. Damit hebt es sich von den Integrationskonzepten anderer Bundesländer ab.

Damit Flüchtlinge eine faire Integrationschance erhalten und ihren Anspruch auf Behandlung im Einklang mit den grundlegenden Menschenrechten wahrnehmen können, verfolgt der Senat folgende Leitprojekte:

- **Asylbewerber/-innen und langjährig Geduldete werden verstärkt in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert.**
- **Personen ohne Aufenthaltsstatus erhalten einen besseren Zugang zu medizinischer Hilfe, der Senat wird die Einrichtung eines Fonds zur medizinischen Behandlung von Personen ohne Aufenthaltsstatus politisch unterstützen.**

8. Gemeinsame Ziele, geteilte Verantwortung

Erfolgreiche Integrationspolitik stärkt die Kooperation zwischen Senat und Bezirken

Erfolgreiche Integrationspolitik erfordert die Kooperation zwischen dem Senat und den Bezirken: Bezirkliche Integrationspolitik ist von gesamtstädtischer Bedeutung. Mit Vorlage des Integrationskonzeptes 2007 startet der Senat eine Initiative zur besseren Koordinierung der integrationspolitischen Maßnahmen zwischen Bezirken und Senat. Hierfür wird das einzuführende Integrationsmonitoring genutzt. Zudem werden Mindeststandards in der Ausstattung und den Kompetenzen von Integrationsbeiräten und -beauftragten eingeführt.

Senat und Bezirke haben unterschiedliche Zuständigkeiten und Aufgaben in der Stadt. Für die Berliner Integrationspolitik ist es wichtig, zu einem abgestimmten Gesamtkonzept zu kommen. Während der Senat in der Verantwortung steht, eine erfolgreiche gesamtstädtische Integration von Migrantinnen und Migranten zu erreichen, übernehmen die Bezirke eigenverantwortlich integrationspolitische Aufgaben z.B. in der Jugend-, Alten- und Gesundheitshilfe. Berlin benötigt dabei den direkten Vergleich zwischen seinen Bezirken, um gute Praxisbeispiele zu erkennen und die Angebote weiter zu entwickeln.

Für die Kooperation zwischen Senat und Bezirken sind keine neuen Institutionen erforderlich. Nötig sind neben Abstimmungsgremien, die Berücksichtigung von Beauftragten, Beiräten und bezirklichen Konzepten.

III. Die Einführung eines Integrationsmonitorings für Berlin

Mit dem Integrationskonzept 2007 legt der Berliner Senat als erste Landesregierung in Deutschland ein System zur Überprüfung von Integrationsprozessen und zur Messung von Integrationserfolgen vor.

Damit wollen wir verlässliche Aussagen über den Stand und die Entwicklung der Integration bekommen. Bislang gibt es eine derartige Integrationsmessung lediglich in einigen Kommunen in Deutschland. Durch die Einführung eines Integrationsmonitorings auf Landesebene wird die strategische Planung und Steuerung der Berliner Integrationspolitik auf eine neue Grundlage gestellt. Denn: besseres und genaueres Wissen über den Verlauf von Integrationsprozessen führt auch zu besseren und zielgenaueren Programmen und Maßnahmen. Die Diskussionen über Integrationserfolge und Integrationsdefizite in Berlin werden hierdurch versachlicht, es werden nachprüfbar Kriterien für Integrationserfolge eingeführt und integrationspolitische Entscheidungen werden nachvollziehbar.

Mit der Entwicklung eines Integrationsmonitorings entspricht der Senat auch dem Auftrag des Abgeordnetenhauses vom 29. Juni 2006 „eine Grundstruktur für eine künftige, regelmäßige Berichterstattung (Integrationsmonitoring) vorzulegen“. Die Liste der 45 Indikatoren zur Messung von Integrationsprozessen orientiert sich an den Vorschlägen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), die sich im Jahr 2006 auf eine Liste integrationspolitisch relevanter Indikatoren verständigt hat. Neben „harten“ quantitativen Indikatoren in zentralen Bereichen – wie dem Zugang zum Arbeitsmarkt und der Bildungsbeteiligung – umfasst das Berliner Integrationsmonitoring auch Indikatoren zur Abbildung „weicher“ eher qualitativ messbarer Prozesse wie z.B. die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten.

Das Integrationsmonitoring soll ab dem 1. Januar 2008 in Berlin sukzessiv eingeführt werden. Ein regelmäßiger indikatorengestützter Bericht wird den Senat, das Abgeordnetenhaus und die Öffentlichkeit über die integrationspolitischen Entwicklungen informieren. Auf der Basis dieser Berichte werden Maßnahmen und Programme fortentwickelt und Reformen und Modifikationen vorgenommen. Als Grundlage für ein Integrationsmonitoring reicht die statistische Differenzierung nach Deutschen und Ausländern nicht aus. Sie wird auch der sozialen Realität der Einwanderungsstadt Berlin nicht mehr gerecht. Der Senat wird daher dafür Sorge tragen, dass das Kriterium Staatsangehörigkeit durch das Kriterium Migrationshintergrund in der Datenerhebung schrittweise ergänzt wird.

IV: Ausblick: Diskussion und Einmischung erwünscht

Wie bereits das Integrationskonzept 2005, so soll auch das Integrationskonzept 2007 einer breiten öffentlichen Diskussion unterzogen werden. Den Auftakt dazu bildet am 22. Juni 2007 der Berliner Integrationsgipfel im Berliner Rathaus, auf dem Vertreterinnen und Vertreter der Senatsverwaltungen mit Mitgliedern des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen und weiteren gesellschaftlich Engagierten ihre integrationspolitischen Akzente diskutieren.

Damit wird der bereits seit längerer Zeit geführte Dialog der Berliner Landesregierung und Migrantentretern auf einer neuen Ebene fortgesetzt. Auch die Begleitung des Nationalen Integrationsplanes wird in den Fokus gerückt.

Das Integrationskonzept 2005 hat die Weichenstellungen vorgenommen, die mit dem Integrationskonzept 2007 durch Leitprojekte und ein umfassendes Monitoringsystem unterlegt werden. Über das Gelingen von Integrationspolitik wird aber nicht nur im Senat und in den Bezirksverwaltungen entschieden. Die Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partner in die Debatte um die Weiterentwicklung der Berliner Integrationspolitik sind wesentliche Bestandteile der Berliner Integrationspolitik. Wichtiges Anliegen des Integrationskonzeptes ist es auch, die Maßnahmen des Senats und der weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Akteure als Teil eines Gesamtkonzeptes erkennbar zu machen, das sich an überzeugenden Leitbildern orientiert und klare Ziele verfolgt.